

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

14.3.1927 (No. 61)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontonummer
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Klenz,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrecher Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, Zwangsweiser Verbreitung und Konturverfahren fällt der Fall die Zeitung verfehlt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandberegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes für die Zeit vom 3. bis 9. März 1927.

(Mitgeteilt vom Landesamt für Arbeitsvermittlung.)
Die etwas günstigeren Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt hält weiterhin an. So weist die Hauptunterstützungsempfängerziffer nach dem Stand vom 9. März eine Verringerung um 4596 gegenüber dem 3. März auf, ihre Zahl belief sich am 9. März auf 58 154. Hierbei darf allerdings nicht außer acht gelassen werden, daß in der gleichen Zeit die Arbeitslosenempfängerziffer von 7106 um 1007 auf 8113 und diejenige der Notstandsarbeiter von 4246 um 427 auf 4673 stieg.

Trotzdem ist die Neigung zur Besserung unerkennbar. Es hatten an ihr nicht allein die von der Bitterung abhängigen Berufe der Landwirtschaft und des Baugewerbes und in etwa auch der Industrie der Steine und Erden, sondern auch die Mehrzahl der andern Berufsgruppen — darunter solche, deren Arbeitslosigkeit an sich noch groß ist — Anteil. Eine Belebung der Nachfrage nach Kräften zeigen zunächst Metallverarbeitung und Maschinenindustrie (Installationsgewerbe, Automobilfabrikation, Elektroindustrie, Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen, Uhrenindustrie), des weiteren die chemische Industrie (Zellulose und Gummi, Guttapercha und Kautschuk, in etwa auch Elektrochemie) und die Textilindustrie (Sackfabrikation, Baumwolle). Auch das Holz- und Schnitzstoffgewerbe zeigte eine leichte Verstärkung seines bisher geringen Kräftebedarfs. In der Tabakindustrie sank die Kurzarbeiterziffer weiter von 295 auf 156 und im Gastwirtsgerwe befriedigt die für die Sommerzeit zu tätige Arbeitsvermittlung.

Die Neuregelung der Invalidenrente

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages machte am Samstag die Reichsregierung vier Vorschläge zur Neuregelung der Invalidenrente. Die Vorschläge besagen im einzelnen:

1. Erhöhung der Zusatzsteigerung für die Zeit vor der Inflation um durchschnittlich 50 Prozent.
2. Gleichstellung der Grundrenten mit den jetzt laufenden Renten für die vor dem 1. April 1925 festgesetzten Hinterbliebenenrenten.
3. Gleichstellung der vor dem 1. Januar 1912 festgesetzten Invaliden- und Hinterbliebenenrenten mit den laufenden Renten, und
4. für den Bezug der Witwenrente wird die 65jährige Witwe der Dauerinvalidenwitwe gleichgestellt. Die darüber hinausgehende Forderung auf Erhöhung des Reichszuschusses und der Grundrente bilde noch den Gegenstand von Beratungen innerhalb der Regierungsparteien und mit der Reichsregierung.

Reichstagspräsident Lohse wird wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen aufstehen dürfen.

Sozialdemokratische Anschuldigungen gegen Dr. Michaelis. In der sozialdemokratischen Presse sind schwere Anschuldigungen gegen den früheren Reichszuschuss Dr. Michaelis in seiner Eigenschaft als Leiter der Reichsgetreidestelle und als Ernährungskommissar während des Krieges erhoben worden, wonach er seine Stellung dazu benutzte, sich ungesetzliche Vorteile in der Ernährung zu verschaffen. Dr. Michaelis hat, wie die „Tägliche Rundschau“ meldet, die Sache nunmehr dem Gericht zur Verfolgung übergeben.

Der vorläufige Finanzausgleich und die Demokraten. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ erfährt, wird die Demokratische Reichstagsfraktion den provisorischen Finanzausgleich, so wie er von den Regierungsparteien formuliert worden ist, ablehnen. Dem „V. Z.“ zufolge, stellt sich die Demokratische Reichstagsfraktion auf den Standpunkt, daß der Kompromißvorschlag der Regierungsparteien von den Demokraten auf das Entscheidende bekämpft werden müsse. Das gelte insbesondere für die Bevorzugung der süddeutschen Staaten, namentlich Bayerns, auf dem Gebiete der Verteilung der 450 Millionen Reichsmark nach dem Umsatzsteuerschlüssel.

Urteil im Disziplinarverfahren gegen Kölling und Hoffmann. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst meldet, hat in dem Disziplinarverfahren gegen Landgerichtsrat Kölling und Landgerichtsdirektor Hoffmann der Disziplinarssenat in Naumburg nach mehrwöchiger Verhandlung gegen Kölling auf einen Verweis erkannt und gegen Hoffmann auf Verlegung in ein anderes Richteramt vom gleichen Range, sowie eine Geldstrafe von 200 RM. Die Amtssuspension gegen Hoffmann ist aufrechterhalten worden.

Tarifbindung der Berliner Gemeinbediensteten. Die Funktionäre der Berliner städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, der Charlottenburger Wasserwerke und der Gasbetriebsgesellschaft, die etwa 30 000 Arbeiter vertreten, beschloßen einstimmig, sämtliche Lohnsätze zum 31. März zu kündigen, die mit den genannten Betrieben abgeschlossen sind. Die Organisation wird beauftragt, für alle Arbeiter und Arbeiterinnen in diesen Betrieben eine generelle Lohnerböschung von 10 Prozent pro Stunde zu fordern.

* Einigung in der Saarfrage

Daß es am Samstag zu einer für Deutschland immerhin nicht ungünstigen Einigung in der Saarfrage gekommen ist, ist ohne Zweifel zu einem erheblichen Teile das Verdienst des Reichsaußenministers Dr. Stresemann, der in sachlich und rhetorisch überaus wirksamer Weise den Standpunkt der deutschen Reichsregierung begründete. Briand war anfangs zu einem besonderen Entgegenkommen nicht bereit. Aber offenbar hat die Rede Stresemanns im Zusammenhang mit den Bemühungen Chamberlains und Vanderveldes dem französischen Minister ein Einlenken nahegelegt. Und so ist ein Kompromiß zustande gekommen, das, wie alle Kompromisse, keineswegs sämtliche Wünsche befriedigt, aber der deutschen Auffassung doch in wichtigen Punkten Rechnung trägt.

Die Hauptsache ist die, daß in längstens drei Monaten das französische Militär aus dem Saargebiet zurückgezogen wird. Der von uns schon seinerzeit zugestandene Bahnschutz soll 800 Mann umfassen. Frankreich hatte früher 2000 Mann verlangt, und wir wollten 500 Mann zugestehen. Man hat sich nun auf 800 Mann geeinigt. Unsere Forderung, daß diese 800 Mann international zusammengestellt werden sollen, ist nicht durchgedrungen. Vielleicht ist das nicht einmal so schlimm, weil die Erfüllung unserer Forderung der Saarregierung unter Umständen Anlaß geboten hätte, die Zurückziehung des französischen Militärs noch hinauszuschieben, mit der Begründung, daß die Formierung eines internationalen zusammengestellten Bahnschutzes organisatorisch Schwierigkeiten bereite und längere Zeit in Anspruch nehme. Der Saarregierung ist in dem Kompromiß die Auflage gemacht worden, den Bahnschutz nur in dringenden Ausnahmefällen zu verwenden und ferner von sich aus die Frage zu prüfen, ob sich die Ziffer von 800 nicht noch reduzieren läßt.

Wie aus den Darlegungen Vanderveldes, des belgischen Außenministers, hervorgeht, ist die Hoffnung nicht unberechtigt, daß das belgische Mitglied der Saarregierung, Herr Lambert, demnächst zurückgezogen wird. Sein Posten würde dann von einem Deutschen besetzt werden. Es wäre damit eine bessere Garantie für die Neutralität der Saarregierung gegeben. Im übrigen hat man den Präsidenten, Herrn Stephens, zu überreden vermocht, einstweilen sein Amt weiter zu führen.

Betrachten wir das Gesamtergebnis der letzten Tagung des Völkerbundsrats, so brauchen wir mit ihm nicht unzufrieden zu sein. Daß man auf dieser Tagung die für uns wichtigste Frage, die der vorzeitigen Räumung des Rheinlandes, nicht erörtert würde, haben wir von vornherein gewußt. Formell war ja dazu auch kein Anlaß gegeben, da ein bestimmter Antrag Deutschlands nicht vorlag. Es ist anzunehmen, daß bis zur nächsten Tagung ein solcher Antrag eingebracht sein wird. Im übrigen hat der Völkerbundsrat aber in einigen, nicht unwesentlichen Fragen seine Mission als ausgleichende Körperschaft erfüllt. Die Lösung der Saar-Frage besetzt den größten Teil der deutschen Beschwerten, und auch die Annäherung zwischen dem polnischen Außenminister und Herrn Stresemann ist nur zu begrüßen. Briand und Stresemann haben von neuem Gelegenheit gehabt, sich offen und rückhaltlos über die brennendsten Probleme auszusprechen. Wir glauben, daß das auch diesmal in einem der Verständigungspolitik förderlichen Sinne geschehen ist. Andererseits bleiben wir bei unserer Mahnung, Geduld zu haben und nichts Unmögliches zu verlangen. Bei der Eigenart des französischen Nationalismus ist zudem immer mit Überraschungen zu rechnen.

Die Großhandelsindexziffer beträgt 135,5 und hat gegenüber der Vorwoche um 0,1 Proz. nachgegeben.

Zentrumspartei und Bayerische Volkspartei. Wie die Blätter berichten, beschäftigte sich der Fraktionsvorstand der Zentrumspartei im Reich am Samstag erneut mit der Frage einer Arbeitsgemeinschaft mit der Bayerischen Volkspartei. Der Fraktionsvorstand wird Richtlinien ausarbeiten, die dem Reichsparteivorstand zur Bearbeitung und Genehmigung vorgelegt werden sollen.

Tagung des Demokratischen Parteivorstandes. Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei ist dem „V. Z.“ zufolge zum 26. März nach Berlin zu einer Sitzung einberufen worden.

Sozialdemokratischer Parteitag. Wie der „Vorwärts“ meldet, ist der diesjährige Parteitag der Sozialdemokratischen Partei zum 22. Mai nach Kiel einberufen worden.

Zwan Antiker ist wieder verhaftet worden.

Der Volkstrauertag

Im ganzen Lande wehten gestern die Fahnen auf Halb- mast oder Trauerflor fügte sich zu ihnen. In unserer Landeshauptstadt fanden am Sonntag vormittag in den dicht- gefüllten Kirchen wie in der Synagoge feierliche Gedächtnis- gottesdienste statt. Um 11 Uhr veranstaltete das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eine Trauerkundgebung auf dem Ehren- friedhof, bei der Pfarrer Kappes sprach.

Nachmittags um 3 Uhr bewegte sich eine riesige Menschen- menge nach dem Ehrenfriedhof, um dort am Ehrenmal in einer gemeinsamen Feier der Gefallenen zu gedenken. Hierzu hatte sich für die Regierung der Minister des Kultus und Unterrichts Leers eingefunden. Der Landtag war durch seinen Präsidenten Baumgartner, die Stadtverwaltung durch den Oberbürgermeister Dr. Finter vertreten. Umrahmt von Vorträgen der Kapelle Verein, Polizeimusiker hielt der evangelische Stadtpfarrer Herrmann die Gedächtnisrede, worin er dem Gedanken Ausdruck verlieh, daß der Volks- trauertag alle Klassen und Stände zu einer großen Schicksalsgemeinschaft zusammenschließen und so ein Tag des Heils für das deutsche Volk werden möge. Danach eröffnete der Oberbürgermeister mit einer prachtvollen Kranzspende der Stadt Karlsruhe die Reihe der Kranzniederlegungen. Auch das Badische Staatsministerium hat auf dem städt. Ehren- friedhof einen Kranz niederlegen lassen.

Am Abend fand eine offizielle Gedächtnisfeier im großen Festhallensaal statt, der bis auf den letzten Platz besetzt war. Man sah wiederum Minister Leers, den Landtagsprä- sidenten und den Oberbürgermeister, ferner die Spitzen der staatlichen und kirchlichen Behörden. Die „Niederhalle“ und die Harmoniekapelle bestritten das Programm der Veranstat- tung, in deren Verlauf an Stelle des erkrankten Staats- präsidenten Dr. Traut,

Unterrichtsminister Leers

folgende Gedächtnisrede hielt:

Das deutsche Volk widmet einen Tag im Jahr der Volks- trauer. Einen Tag dem Gedächtnis der großen Opfer, die der Krieg uns auferlegt hat, dem Gedenken an die Vielen, die Gut und Blut und Leben für Heimat und Volk dahin- gegeben haben. Ist es denn nun genug damit, daß wir an diesem einen Tage in Gebeten, an den Gräbern und in weißer Trauer versammlung der Vielen gedenken, die als unsere Helden im Schoße der Erde ruhen; dürfen wir glan- ben, damit allein schon unsere Pflicht erfüllt zu haben? Kei- ner von uns wird meinen, daß dem so sei. Was wir heute tun, ist nur ein äußeres Zeichen unserer Gesinnung, ist nur ein Symbol dessen, was wir im Herzen tragen. Ihr Kampf und Not des Lebens können wir nicht während des ganzen Jahres mit unseren Gedanken bei den Opfern und dem Lei- den des großen Weltkrieges weilen; ja, wir dürfen gegenüber den Aufgaben der Gegenwart uns nicht der Wehmut über das Vergangene und der tatenlosen Trauer überlassen. Und dennoch können wir die heilige Pflicht, jenes großen opfer- vollen Geschehens eingedenk zu bleiben, stets und auch im Alltag betätigen. Gestritten und gelitten haben die Vielen um Heimat und Volk. Ja Treue ihnen nachfolgen und nach- eifern können wir dadurch, daß wir alles einsehen, um auf den Fundamenten, die durch sie uns erhalten wurden, zum Segen von Volk und Heimat in Frieden weiterzubauen. Weiterzubauen gemeinsamen Sinnes und einigen Geistes. Der Gedanke daran, wie sie alle eins waren in der starken opferbereiten Liebe zur Heimat und zu ihrem Volke, muß uns die Brücke schlagen, die uns zusammenkommen läßt trotz aller Gegensätze des Lebens im gemeinsamen Dienst für das Vater- land, in einem Dienst, in dem wir uns als Brüder fühlen, als Brüder achten und lieben, was sonst auch uns trennen mag. Das ist ein Dank und das ist eine Treue, die Segen sprächen läßt aus der blutigen, bitteren Saat des Krieges.

Der Toten, die von uns gegangen sind, können wir im Gebet und in Ehrfurcht gedenken, aber sie sind allem andern, Irdischen entrückt. Wir können ihnen nicht mehr durch die Tat Dank und Liebe bezeugen. Doch haben sie uns Erben hinterlassen. All jene, die ihren einst frischen, gefunden Leib verstümmelt oder sich in die Heimat zurückgebracht haben, die vielen, die den Vater, den Gatten, den Bruder, den En- näherer betrauern und auch all die andern, die opferten für's Vaterland und nun darben, sie können Dank und Liebe noch empfangen. Wenn es auch außerhalb menschlicher Macht steht, ihre Not ganz von ihnen zu nehmen, völlig auszu- gleichen, was sie erdulden und verlieren mußten, so sollen und wollen wir uns doch immer beduht bleiben, wie tröstlich es für manches immer noch wunde Herz ist, dankbare Liebe zu empfangen, und wie viel brüderlich treue Gesinnung zu helfen vermag. Mit dem Kranz der Ehrfurcht, den wir dem

gebengten Häuptern der Lebenden, die für uns gelitten haben, reihen, ehren wir dankbar auch die Toten.

Wenn wir alle, die wir als reife Menschen des Krieges schwere Jahre miterlebt haben, solche Gefühle am Volkstrauertag in uns neu erwecken und stärken für das Leben des Alltags, so haben wir doch noch nicht genug getan. Das Gedenden des großen Krieges, die Dankbarkeit für all die Opfer, die dargebracht wurden, darf nicht mit uns erlöschen. Wir müssen sie weiterpflanzen in unsere Jugend. Ihr, der Jugend, müssen wir immer wieder sagen, wie es war, und wir müssen sie lehren, mit uns zu fühlen. Sie, die Jugend, soll es begreifen lernen, was es bedeutete, daß das ganze Volk in Begeisterung aufstand zum Schutze seines Vaterlandes. Sie soll aber auch begreifen lernen, nicht nur den begehrten Heldentod vieler Jünglinge, sondern auch das pflichttreue, bittere Aushalten des Landwehmannes, dessen Herz von Sorgen um Weib und Kinder bedrängt wurde und der doch nicht schwankte, in Entbehrungen und Todesnot seiner Heimat bis zum Letzten zu dienen. Die Jugend soll wissen, wie groß der Schmerz war, einen lieben Kameraden, mit dem man während Monaten und Jahren rüstig und mutig die Pflichten und Entbehrungen des Grabenlebens geteilt hatte, plötzlich tot oder schwer verwundet vor sich zu sehen; einen geliebten Kameraden, ganz gleich wie weit die Lebenswege im Frieden auseinander gelegen hatten. Auch dessen soll nicht vergessen werden, wie sie gelitten haben, die zu Hause blieben und ihre Lieben im Felde suchten, der Bäuerin, die mit schwacher Hand den Pflug führte, der Arbeiterin, deren Kräfte kaum noch reichten, die Granaten von der Drehbank abzunehmen, all der vielen Mütter und Frauen und Schwestern und Bräute, die vergeblich auf die Heimkehr ihrer Lieben warten mußten und die mit stummen Tränen das Kreuz ihres Leidens auf sich nahmen. Solch ernstes Gedenden der Opfer und der Not, die der Krieg uns brachte, wird die Jugend seine Größe ahnen lassen; nicht nur die Größe seines Grauens, sondern auch die Größe seiner Erhabenheit, die Größe, die unser Volk im Kriege bewiesen hat. Tief durchdrungen soll die Jugend sein von der Einigkeit und Einmütigkeit, mit der alle Deutschen, Männer und Frauen, jedes an seiner Stelle, ohne Unterschied sozialer Stellung und politischer Meinung, die Opfer darbrachten, die das Vaterland von ihnen gefordert hat. Möge ein Funken wahrhaft brüderlichen deutschen Geistes dadurch ewig fortglücken in aller deutschen Jugend. Möge sie, unsere deutsche Jugend, mit uns ihre Pflicht tun gegenüber Heimat und Volk, in treuem Dank gedenden der Toten, in brüderlicher Liebe zugewandt den Lebenden!

Der Volkstrauertag in Baden

W.D. Freiburg, 13. März. Nachdem in allen Kirchen Freiburgs am Vormittag Gedächtnisgottesdienste abgehalten worden waren, fand am heutigen Sonntagabend in der Festhalle eine Volkstrauertage zum Gedächtnis der im Weltkrieg gefallenen Soldaten statt. Alle Kreise der Bevölkerung Freiburgs hatten sich zu der Gedächtnisfeier in großer Zahl eingefunden. Man bemerkte fast sämtliche in Freiburg ansässigen früheren Führer u. höheren Offiziere, den Landeskommissar Geheimrat Dr. Schneider, Oberbürgermeister Dr. Bender, Erzbischof Dr. Carl Fritz, den Rektor der Universität Dr. Nagler usw. Nach einleitendem Gesangsbeitrag der vereinigten Männergesangsvereine Freiburgs unter Leitung des Kapellmeisters Albrecht, nahm der Vorsitzende des Bundes für Kriegsgräberfürsorge, Generalmajor a. D. Bohlmann, das Wort, um die Tätigkeit des Bundes für die Grabstätten der gefallenen deutschen Soldaten vor Augen zu führen und neben vielem Schmerzlichem auch Tröstliches und Erhebendes über die Pflege mitzuteilen, die den Gräbern in den einzelnen Ländern zuteil wird. Auch aus der Behandlung der deutschen Kriegsgräber im fremden Land tritt der Charakter des Volkes hervor. Der Trauermusik unter leiser Trommelwirbel folgte der gemeinsame Gesang des Liedes: „Ich hatt' einen Kameraden“. Das „Gebet für das Vaterland“, vorgetragen von den vereinigten Männergesangsvereinen, schloß die Feier.

W.D. Offenburg, 13. März. Der Volkstrauertag verlief am heutigen Sonntag in feierlicher ruhiger Weise. In den Kirchen christlicher Konfessionen fanden Trauergottesdienste statt. Nach Schluß des Hauptgottesdienstes sammelten sich die Waffenvereine von Offenburg und zogen auf den Fried-

hof, wo im Namen der Vereine Kaufmann Ludwig Spiger eine Gedächtnisrede hielt. Von den verschiedenen Vereinen, der Stadtgemeinde u. dem Verein der Kriegsgräberfürsorge wurden auf dem Ehrenfriedhof Kränze niedergelegt. Die Stadtkapelle spielte einige Trauermusik.

W.D. Wörth, 13. März. Die Feier des Volkstrauertages ist in Wörth programmäßig verlaufen. Um 11 Uhr fand eine Feier auf dem Ehrenfriedhof statt, an der die verschiedenen Vereine sowie sämtliche Behörden der Stadt und des Staates teilnahmen. Nach der Gedächtnisrede des Geistlichen wurden von den Abordnungen Kränze mit Ansprachen niedergelegt. In Wörth-Stetten wurden die in der Kirche angebrachten beiden Ehrenkränze für die Gefallenen des Stadtteils Stetten eingeweiht.

W.D. Konstanz, 13. März. Zum heutigen Volkstrauertag hatte die Stadt reichen Flaggenschmuck angelegt. Den Höhepunkt der Feier bildete ein Festakt im Kongressgebäude, zu dem von der Stadt und vom Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge eingeladen war. Vertreten waren die staatlichen und städtischen Behörden, Vertreter der Reichswehr usw. Sämtliche Schichten der Bevölkerung hatten sich in überaus großer Zahl zur Teilnahme eingefunden. Oberbürgermeister Dr. Marde, Konstanz, gedachte des ersten Tages. Volkstrauertag bedeute keine Verherrlichung des Krieges, sondern gelte dem Gedächtnis der Gefallenen. Die eigentliche Gedächtnisrede hielt der Vorsitzende der Kriegsgräberfürsorge Dr. Schaaf. Darauf folgte eine stille Trauermusik mit Senken der Fahnen. Die Feier war unruhnt von Gesangsbeiträgen und schloß mit dem gemeinsamen Lied: „Ich hatt' einen Kameraden“.

Die Genfer Ratstagung

Ein Kompromiß in der Saarfrage

Der Völkerbundsrat beriet am Samstagabend seine diesmahlige Session mit der Annahme eines Kompromißvorschlages über das Saarproblem. Die einstimmig angenommene Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Der Rat nimmt Kenntnis von dem Bericht der Regierungskommission, datiert vom 18.2.27 bezüglich der Frage der Transport- und Transitfreiheit auf den Eisenbahnen des Saargebietes. Die von der Regierungskommission vorgeschlagene Organisation wird innerhalb einer Höchstgrenze von drei Monaten verwirklicht und infolgedessen werden die im Saargebiet stationierten Truppen innerhalb der gleichen Frist zurückgezogen. Der Bahnausschuß, ebenso wie die Bahnschutztruppe, werden unter dem Befehl der Regierungskommission gestellt und ihr verantwortlich sein. Die Bahnschutztruppe wird ihre Befugnisse gegenüber der Bevölkerung nur bei außergewöhnlichen Umständen ausüben dürfen. Der Bestand von 800 Mann, der für diese Truppe angegeben ist, stellt die Maximalzahl dar. Im Falle die Regierungskommission zur Auffassung gelangt, daß eine Verminderung dieser Zahl möglich ist, wird sie die zu diesem Zweck notwendigen Maßnahmen treffen können, ohne sich vorher mit dem Rat in Verbindung zu setzen.

Der Annahme dieser Entschließung ging sowohl am Vormittag wie Nachmittags eine mehrtägige Debatte voraus, in die Stresemann wiederholt eingriff. Auch Briand, Chamberlain, Scialoja und Van der Velde beteiligten sich an dieser Aussprache.

In der oberschlesischen Schulfrage

faßte der Völkerbundsrat einstimmig eine Entschließung. Sie entfällt in fünf Teile. Im ersten Teil spricht sich der Rat nach Kenntnisnahme der Beschlüsse des Deutschen Volksbundes dafür aus, daß die polnische Regierung sich nicht auf die von der polnischen Lokalbehörden in bezug auf den Ausschluß vom Besuch deutscher Minderheitsschulen ergriffenen Maßnahmen beziehe. Demgemäß soll den Kindern, deren Aufnahmeversuch für ungültig erklärt worden war, weil ihre Eltern oder Vormünder im Sommer 1926 der polnischen Aufforderung zur Nachprüfung jedes einzelnen Falles nicht nachgegeben waren, oder weil für betreffenden Kinder als Minderheitsangehörige deutsch als polnisch angegeben worden war, Gelegenheit gegeben werden, sobald wie irgend möglich und ohne ein neues Aufnahmeversuch in die Minderheitsschule einzutreten. Ausgenommen sollen davon nur die Kinder sein, die

- a) nicht die polnische Staatsangehörigkeit besitzen,
- b) von Personen angenommen wurden, die nicht gesetzlich für ihre Erziehung verantwortlich sind,
- c) die nicht in den betr. Schulkreis gehörten,
- d) dem Unterricht an einer anderen Schule hätten folgen müssen und
- e) die nicht mehr schulpflichtig waren.

Außerdem enthält der erste Teil die Bestimmung, daß die Kinder, denen aufgrund dieser Angaben der Besuch einer Minderheitsschule gestattet werden müßte, die sich aber zurzeit in einer polnischen Schule befinden, bis zum Ablauf des ge-

gewöhnlichen Schuljahres in dieser Schule zurückgehalten werden können, und daß ferner die gegen die verantwortlichen Erziehungsberechtigten ausgesprochenen Strafmaßnahmen wegen Nichterscheinens des Kindes in der polnischen Schule aufgehoben werden sollen für den Fall, daß dem betr. Minderheitsangehörigen die obigen Bedingungen der Besuch einer Minderheitsschule gestattet werden muß.

Im zweiten Teil des Beschlusses erklärt der Rat, es sei nicht angezeigt, Kinder, die nur polnisch sprechen, in die Minderheitsschule aufzunehmen. Für Fälle, die unter Zugrundelegung der Bestimmungen im ersten Teil den polnischen lokalen Schulbehörden zweifelhaft erscheinen könnten, wird eine Kontrolle eingerichtet, die in Zweifelsfällen auch für nachträgliche Aufnahmeversuche gelten und feststellen soll, ob ein Kind die Schulsprache der Minderheitsschule beherrscht, daß der Besuch dieser Schule nützlich ist. Zunächst soll die lokale Behörde jeden zweifelhaften Fall dem Präsidenten der gemischten Kommission für Oberschlesien vorlegen, dem ein vom Völkerbundsrat ernannter Schweizer Schlichter beigegeben wird. Erklärt nach dem Gutachten dieses Schlichters, daß die Kenntnis in der deutschen Sprache der Präsident, es sei nicht zweifelhaft, das Kind eine deutsche Minderheitsschule besuchen zu lassen, so soll es von dieser Schule ausgeschlossen werden. Der dritte Teil bestimmt, daß diese Kontrolle auch in den Fällen anzuwenden ist, in denen Erziehungsberechtigte bei der nachträglichen polnischen Unterweisung vom vergangenen Sommer erklärten, daß die Muttersprache polnisch ist, falls die Erziehungsberechtigten einen dahingehenden Wunsch ausdrücken. Das Kind soll dann Zutritt zur Minderheitsschule haben, wenn der Präsident auf Grund des Gutachtens des Schlichters erklärt, die Aufnahme in eine Minderheitsschule sei dienlich.

In der nichtöffentlichen Sitzung

des Rates wurde am Samstagabend zunächst dem Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes, Stresemann, von Scialoja und im Anschluß daran auch von Dr. Stresemann für seine dem Völkerbunde geleisteten Dienste seine Verehrung, sein Amt vorläufig weiterzuführen, der Dank ausgesprochen. Dr. Stresemann machte dann darauf aufmerksam, daß sich unter den wiederbestätigten Mitgliedern der Regierungskommission auch ein Mitglied — das belgische Mitglied Lambert — befinde, das bereits sieben Jahre der Kommission angehöre. Es sei vorteilhaft, anderen Ländern Gelegenheit zur Teilnahme an den Arbeiten der Kommission zu geben.

Am Schluß wurde auf Antrag Chamberlains der Generalsekretär beauftragt, die Frage zu prüfen, ob es nicht vorzuziehen wäre, in Zukunft statt vier nur drei Ratstagungen im Jahre abzuhalten.

Die nächste Ratstagung

Die nächste Ratstagung ist auf Montag, den 13. Juni, festgesetzt worden. Über den Ort der Tagung ist eine Verständigung noch nicht getroffen. Die deutsche Delegation verließ im Laufe des Sonntags Genf.

Englische Kommentare

Der Genfer Berichterstatter der „Daily News“ schreibt: Für jemanden, der unter die Oberfläche blickt, war die Sitzung des Völkerbundsrates am Samstag in manchen Beziehungen die wichtigste in der ganzen Geschichte des Völkerbundes. Der Geist, in dem die Debatte über die Saarfrage geführt wurde, und der Charakter des erreichten Kompromisses stellen eine überzeugende Antwort an die Bestimmungen dar, die prophezeit hatten, daß Deutschlands einjüngige Beschäftigung in Genf sein werde, Obstruktion zu treiben. Die ganze Ratstagung hat gezeigt, daß der deutsche Minister des Äußeren bereits eines der persönlich wertvollsten Mitglieder des Völkerbundsrates ist.

In einem Leitartikel bezeichnet „Daily News“ das Saarkompromiß als befriedigend und sagt: Der Versuch, den Vizepräsidenten, ist völlig mißglückt. Endlich, wenn auch widerwillig, haben die französischen Staatsmänner sich ins Unvermeidliche geschickt. Die vollkommen überflüssige Besetzung mit 3000 französischen Soldaten wird in drei Monaten zurückgezogen werden und an ihre Stelle wird eine — unseres Erachtens ebenso umätige — Truppe von 800 Belgiern, Franzosen und Engländern treten. Auch diese müssen bestimmt zurückgezogen werden, wenn das Rheinland völlig geräumt ist. Die Umstände werden die Rückgabe des Saargebietes an Deutschland lange vor der Volksabstimmung von 1935 erzwingen und je eher dies erfolgt, umso besser.

Französische Mütterstimmen

W.D. Paris, 14. März. (Tel.). Während der „Temps“ als Ergebnis der Edung des Völkerbundsrates ein zu billigen Kompromiß in der Saarfrage und eine Entspannung in den deutsch-polnischen Beziehungen feststellt, wirft das „Journal des Debats“ Fragen von weitgehender Bedeutung auf. Für die öffentliche Meinung in Frankreich, so schreibt das

Badisches Landestheater

Bonaparte

Ein Schauspiel von Fritz von Unruh
In Szene gesetzt von Felix Baumbach

Fritz von Unruh erklärte mir einmal über den Verus eines Dichters, daß dieser gleich dem klassischen griechischen Dramatiker die Aufgabe habe, unmittelbar die Volksgemeinschaft im Sinne sittlichen politischen Ideals und Überzeugungen durch sein Wortkunstwerk zu bearbeiten. Wir wissen, daß Fritz von Unruh überzeugter Anhänger des republikanischen Staatsideals ist. Wenn er uns ein Drama „Bonaparte“ schenkt, so können wir daher nicht eine Glorifizierung des heroisch-imperialistischen Gewalttätigers erwarten, sondern gerade im Gegenteil die Verherrlichung des Sieges republikanischer Freiheitsidee über selbstische Gewalt.

Fritz von Unruh wählt zur Erreichung dieses Ziels aus Bonapartes Laufbahn den Moment heraus, da er aus Machtgier und Streben, diese ihm vom Volke übertragene Macht legitimistisch zu verewigen, dieses Legitimitätsprinzip selbst ertötet, indem er den letzten Sprossen der bourbonischen Erbmonarchie, den Herzog von Enghien, durch Gewalturteil hingerichtet läßt und sich selbst die erbliche Kaiserkrone aufs Haupt setzt. Zwei durch wenige Tage getrennte historische Ereignisse drängt Unruh mit dichterischer Lizenz auf einen Tag zusammen und erreicht dadurch sein Ziel, das er den klugverwendeten Ironiker Kallebrand mit den Schlüsselworten des Dramas aussprechen läßt: „am 21. März, 3 Uhr früh, hat Bonaparte aufgehört, über Frankreich zu regieren.“

Unruh ist kein Feind der Geschichte; er sucht, uns die Genialität des großen Volks- und Landeseroberers erleben zu lassen und begreiflich zu machen, daß die revolutionäre Volksbewegung ihm die oberste Gewalt verlieh. Aber er scheint ein leidenschaftlicher Hegeling, der, ähnlich wie Hegel, im Sinne von Hegels Geschichtsphilosophie den Geist der Geschichte, das Schicksal, den genialen Ausnahmemenschen den Weg geschichtlichen Geschehens vorwärtszuführen läßt, um ihn selbst unter dessen Äußerung zu germaßen. Die Revolutionsgewalt hat Bonaparte auf die Spitze der Macht emporgehoben, von wo aus er das Symbol der Legitimität, den Herzog von Enghien vernichtet um dennoch dem Jamben des Legi-

mitätsprinzips zu erliegen und damit den Zuschauern die höhere Idee von Freiheit und Gerechtigkeit zu demonstrieren.

Damit ist schon Stärke und Schwäche des Dramas angedeutet. Leidenschaft der Idee, nicht Leidenschaft des Triebes und Blutes, gestaltet in Unruh das Werk. Daher auch häufig der berechenbare Mechanismus, der bisweilen aus dichterischer Höhe zu bübentechnischer Fertigkeit umschlägt, der aber immer wieder von dem Feuer eines glühenden Ethos, einer sittlichen Hingebtheit durch die Idee angetrieben wird. Auch hierin offenbart sich Unruhs Verwandtschaft mit einem durch Impressionismus und Expressionismus durchgangenen Hebel. Diese zeigt sich auch in der künstlerischen Gestaltungskraft, die die widerstreitenden Ideenräger der Gefahr des Schemenwerbens entrißt und sie in ihrer Vielheit und Gegenständigkeit mit wenig Ausnahmen in der allegorisch-symbolischen Bürgerin Wahrheit, der Mutter Enghiens zu erlebbareren kultvollen Charakterbildern, menschlichen Individuen formt. In den Dienst dieses Zielstrebens ist mit bewußter Kunst der sprachliche Ausdruck gestellt. Gegenüber den Nachkriegsdramen Unruhs, die symbolistisch-expressionistische Ausdruckweise zu chaotischer Ekstase steigerten und dadurch häufig an Wirkungskraft trotz alles Aufwandes einbüßten, nähern wir uns hier wieder scheinbar der Sprachform seines „Prinz Louis Ferdinand“, die aber doch mit Gewinn durch jenes Stadium hindurchgegangen ist, indem sie nun zum Symbol geschwollene charakteristische Sprechweise jener ideengelegenen Menschentypen wird. Zum Beweis vergleiche man nur die fanatische Ausdruckform des unentwegten Revolutionärs Gulin mit dem romantisch-traditionellen Wrasenschwall des Legitimitäts Enghien und der ebenso durch starken Willen bestimmten wie durch geniale Phantasie beschränkten Sprachform Bonapartes.

Unruh läßt uns in Bonaparte die Tragik des genialen Einzelmenschen erleben, der über seine vergänglichste Einzeltätigkeit hinaus Dauer erreicht, aber sich zur Verwirklichung seines genialen zukunftsbanenden Sehnsens vergangenheitsbestimmter traditioneller Mittel bedient. Das Genie, das ungenial zu wirken sich schrankenlos der neuen zukunftsstrahlenden Idee hingeben müßte, entfällt sich als von schwächer Menschlichkeit bestimmt. In seinem Korrespondenzen steht neben dem Lichte des Sterns die Finsternis des Mörders. Der Stern ist die leuchtende Idee demokratischer Freiheit und Gerechtigkeit.

heit, in der allein für den gläubigen Dichter wahres Menschentum erwachsen und sich erfüllen kann; der Mord ist die schwarze Nacht menschlicher Schwäche und ewig rückwärtsgekehrter Selbstsucht, die in Bonapartes sinnlicher Liebe zu dem verführerischen Weibchen Josephine und seinem selbstischen Ehrgeiz die Idee vernichtet. Wieder erscheint das schon in der unvollendeten Trilogie „Geistlich“, „Blut“, „Diatribe“ ersichtete dritte Reich in verheißungsvoller Nähe, der Sternträger Bonaparte könnte es verwirklichen, aber der Mord in ihm erweist sich als stärker, seine sinnliche Liebe erstickt die sittliche, der Dienst für das Ich ist ihm wichtiger wie der Dienst für das Volk. Bonaparte, der mit Recht auf sein Genie stolz ist, das den Menschen wieder Träume gegeben hat, an der Aristokratie Segur wie an den Beginn eines neuen Zeitalters geglaubt hat, dessen Kopf der Dragoonier über den des Hellands geheset hat, den die Symbolträgerin Mutter Enghien als gestaltgewordene Gottes Liebe preist. — Bonaparte verzichtet zugunsten von „Realitäten“ auf seine Ideale, er nimmt das vom Nazarener verführte Reich dieser Welt an, er vergißt über der Liebe seines kranken Sohns der höheren Menschenliebe und „setzt über alles, was Mensch ist, hinweg“. „Nicht geht kein Mensch mehr etwas an.“ Mit der Idee, die er zu verwirklichen berufen wäre, vernichtet er seine eigene Berufung. Darin liegt der Sinn der Erschießung Enghiens. Er will damit seine Gegenwart in die Zukunft sichern — diesem Ziele der Dauerhaftigkeit seines Reiches gilt ja auch sein Wunsch, aus der Vereinigung seines Selbsts als der Kraft und des Geistes mit Josephine als der Schönheit einen Leibeserben zu zeugen, — und er erreicht nur statt des dritten Reiches der Zukunft, daß die Vergangenheit wieder Gegenwart wird. Carnot gibt diesem Ergebnis Worte: „Malk wende ich mich von den Götzen, der aus Eitelkeit zu schwach für seine heilige Bestimmung, die Vürgerkrone unseres Jahrhunderts zu tragen — und, was wir verscharrt hatten, unter einer Million Leichen — wieder vorakt auf dem Schutt der Geschichte — eine Kaiserkrone! ... Nun wird wieder die Schlachtenscheure gedeutet müssen — das schwarze Mal. — Denn die Vergeltung brennt auf ihre Kaiserkrone das Lösungswort: Krieg! — Sterbeseufzer! — Krachen fallender Städte! — Geschützdonner — Himmelstocher lobend — Todesflammen!“

Auch in „Bonaparte“ offenbart sich die Grundanschauung, die Unruh in seiner Trilogie zu gestalten versucht: das ewige

Nach, trotz des Interesses an der letzten Tagung weniger bei den in Genf verhandelten Angelegenheiten, als in den politischen Absichten, die Dr. Stresemann kundgegeben hat. Stresemann hat sich als ein Mann gezeigt, der seine Rolle bei den diplomatischen Ereignissen spielen will. Großbritannien hat zwei schwere Fehler begangen. Es hat den Sowjets eine politische Autorität gegeben, die diese niemals hätten erlangen dürfen, und es hat Deutschland zu raschem Emporkommen verholfen, um die Spuren seiner Niederlagen beharrlich zu beseitigen. Wäre deshalb nicht die Stunde gekommen, so fragt das Blatt, eine französisch-britische Politik wieder aufzubauen, und könnten die Bedenken Chamberlains über die kommunistische Gefahr hierzu nicht eine Handhabe bieten?

Deutscher Reichstag

21. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Carlsen (Soz.) die Beratung seines Antrages auf Erhöhung der Invalidenrente. Heute hätten die Bürgerlichen Parteien wieder im Ausschuss erklärt, die Verhandlungen mit der Regierung seien noch nicht abgeschlossen. Dieses Spiel mache die Sozialdemokratie nicht mehr mit.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns wiederholt seine getrigge Erklärung, daß die Regierung die Renten erhöhen und einen Teil der Kosten übernehmen wolle. Die neue Gesamtleistung bei Durchführung dieser Vorschläge würde 120 Millionen im Jahr betragen. Davon würde das Reich den dritten Teil wenigstens vom nächsten Jahr an zu tragen haben. Es liegt der Regierung fern, mit der Not der Arbeitslosen zu spielen. Die Beratung im Plenum könne aber noch keinen Nutzen bringen. Die Anträge bedeuteten eine Mehrausgabe von 700 Millionen. Da sei eine Vorberatung im Ausschuss nötig.

Infolge Widerspruchs können die Anträge nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums. Beim Abschluß

„Wohnungs- und Siedlungswesen“

bekämpft Abg. Bül (Dem.) die Wohnungs- und Siedlungspolitik des preussischen Wohlfahrtsministers. Der Redner polemisiert gegen die Mieterhöhung und erklärt: Wir werden nichts machen, was die Lebenshaltung der ärmeren Klassen weiter belastet.

Abg. Gützmann (Soz.) beantragt: „Die Friedensmiete darf bis zum 31. März 1928 nicht überschritten werden.“ Ferner verlangt er, die Regierung solle ihre Verordnung über Erhöhung der Mieten zurückziehen.

Abg. Pecht (Dnt.) bittet namens des Ausschusses, die Anträge zur Änderung der Mietgesetzgebung abzulehnen. Stattdessen solle man in das Mietrecht ein Bestimmung einfügen, die Geldstrafe oder Gefängnisstrafe androht für die Forderung, Annahme oder Versprechung einer Miete für den von der Zwangswirtschaft befreite Räume, sofern diese Miete den von der Landesregierung festgesetzten Grundrenten übersteigt. Die von den Demokraten beantragte Einstellung von Schiedsstellen für Mietsstreitigkeiten bei solchen Räumen hat der Ausschuss abgelehnt.

Abg. Winnefeld (D. Vpt.) erklärt, der Mieterschutz komme auch wirtschaftlich starken Mietern zugute, während zahlreiche Hausbesitzer bittere Not litten. Zur Unterstützung leistungsstarker Mieter müsse ein Teil der Hauszinssteuer verwendet werden. Baugenossenschaften dürften nicht anders behandelt werden als jeder Private.

Ministerialdirektor Gönz äußert Bedenken gegen den Auswahlantrag, mit Geldstrafe oder Gefängnis zu bedrohen, wer einen Mietzins zahlen oder versprechen läßt, der einen von der Landesbehörde festgesetzten Prozentsatz der Friedensmiete übersteigt. Es sei unmöglich, daß ein solcher Prozentsatz festgelegt werde, der für alle Verhältnisse im ganzen Lande gelten solle, und ein solcher Höchstfuß für die Miete würde geradezu einen Anreiz bieten, immer bis zu diesem Höchstfuß die Miete zu steigern.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns stellt fest, daß sich alle Parteien einig seien in den Grundzügen: Beseitigung der Wohnungsnot, der Arbeitslosigkeit, Senkung der Baukosten. Darüber hinaus sei aber die Beteiligung des Privatkapitals und Angleichung der Neu- und Altmieten notwendig. Gärten seien natürlich nicht ganz zu vermeiden. Kostig werde die Lage der Mieter nicht sein; aber die Zeit für eine Mietsteigerung sei heute günstiger als im vergangenen Jahr. Die Löhne wiesen eine steigende Tendenz auf. Die Freigabe der gewerblichen Räume sei nichts Neues, sei aber auch Sache der Länder. Der Arbeitsminister könne also die preussische Verordnung nicht aufheben. Das Ministerium werde aber die Anrufung von Schiedsstellen vorschreiben.

Abg. Krüger-Rostock (Soz.) beantragt acht Millionen zur Förderung des Wohnungsbaus für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene.

Abg. Köllin (Komm.) beantragt, daß die Mieten bis 31. März 1928 nicht gesteigert werden dürften.

Abg. Tremmel (Str.) berechnet an Hand von Beispielen, daß private Bautätigkeit immer noch die doppelte Friedensmiete ergeben müsse, solange die Kreditverhältnisse sich nicht bessern. Ohne öffentliche Bauzuschüsse komme man also vorläufig nicht aus. Auch die Zwangswirtschaft könne daher noch nicht aufgehoben werden. Eine allmähliche Mietsteigerung sei jedoch unvermeidlich, so schwer erträglich sie auch für die ärmere Bevölkerung sei. Es wäre besser gewesen, wenn man die Mieten schneller den Verhältnissen angepaßt, die Erhöhung aber zum Wohnungsbau verwendet hätte. Bücher mit gewerblichen Räumen müsse mit allen Mitteln bekämpft werden. Der Redner beantragt Schiedsstellen und Strafbestimmungen zu diesem Zweck.

Abg. Dr. Reiffen (Wpt.) erklärt, der Hausbesitzer bekomme heute nur 20–30 Proz. der Miete. Tatsächlich sei der Hauswirt bei der Zwangswirtschaft der einzig Leidtragende. Auswände, wie das preussische Städtebaugesetz, das den Eigentümer einfach enteigne, müsse die Wirtschaftspartei bekämpfen. Der Redner stimmt einem neu eingebrachten Antrag der Regierungsparteien zu, der nur Reichsrichtlinien für die Bekämpfung des Buchers mit gewerblichen Räumen aufgestellt sehen will.

Abg. Steiniger (Dnt.) hält die Zahl der Wohnungsuchenden, die von der Linsen genannt wird, für weit übertrieben. Nichts spreche dafür, daß es mehr als 100 000 wohnungsuchende Familien gebe. Der schnelle Schritt Gutierrez' verdienende volle Anerkennung, Unbeschadet des festen Willens, die Zwangswirtschaft völlig zu beseitigen, sobald es die Verhältnisse irgend gestatten, müsse man doch die Mieterschaft schützen gegen Gärten und gegen Schädlinge unter den Hausbesitzern.

Abg. Seiffert (Wst.) verlangt, daß in die Schiedsstellen auch Vertreter der Sparer berufen werden.

Abg. Frau Dr. Lübers (D.) verlangt, alles zur Beseitigung der Wohnungsnot zu tun, weil sie der Herd aller Volkskrankheiten sei. Das Privatkapital sei auch heute schon sicher in der Lage, billig zu bauen und brauche die Zuschüsse nicht.

Abg. Tempel (Soz.) spricht seine Enttäufung darüber aus, daß die Siedlung durch den Krieg zwischen dem Reich und Preußen bisher lahmgelegt worden sei.

Abg. Bed-Oppeln (Str.) verlangt gleichfalls eine energischer Durchführung des Siedlungsprogramms. Den Justizkommissionen könne man nur dämmen, wenn man die Landbevölkerung durch Siedlung auf der Scholle halte. Das Verhältnis zwischen Groß- und Kleinbetrieben in den östlichen Provinzen sei sozial außerordentlich ungesund. Der Redner warnt jedoch vor einer Enteignung des Großgrundbesitzes. Es genüge, wenn man die Siedlungskredite verbillige.

Abg. Westermann (D. Vpt.): Die Siedlung werde rentabel sein, wenn man den Schuldmünzlingen mehr entgegenkomme. Leider habe der Großgrundbesitz sich zum Teil gegen die Anliegersiedlung gewehrt.

Abg. Münneburg (Dem.) beantragt Einstellung von 200 000 Mark zur Förderung der Kleingartensiedlung.

Abg. Behrens (Dnt.) meint, man müsse den landwirtschaftlichen Arbeiter als Siedler gewinnen.

Beim Abschluß „Verordnungswesen“ beschwert sich Abg. Basselt (Soz.) über die Verschleppung des Verordnungsverfahrens durch die ärztlichen Stellen.

Abg. Weber-Düffeldorf (Komm.) nennt die Versorgungsbehörden „Rentenauferseher“.

Ministerialrat Kerstenheiner erklärt, eine einheitliche Krankenversorgung der Kriegsbeschädigten durch die Fürsorgestellen werde angestrebt.

Damit schließt die Aussprache. Der Rest des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wird unter Ablehnung zahlreicher kommunistischer Änderungsanträge im wesentlichen nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen.

Auf Antrag der Abg. Hosh (Soz.) und Erling (Str.) werden 500 000 M. für Zinszuschüsse zu ersten Hypotheken auf Wohnbauten im besetzten oder besetzt gewesenem Gebiet neu eingestellt.

Auf Antrag des Ausschusses sollen für Neufriedlungsberatungsstellen 80 000 M. ausgeworfen werden.

Abgelehnt wird ein sozialdemokratischer Antrag, der acht Millionen M. für Kriegsbeschädigte fordert.

Angenommen wird der Gesetzesentwurf der Regierungsparteien, der Richtlinien für die Reichsregierung zur Bekämpfung des Mietwuchers für gewerbliche Räume vorzieht.

Sämtliche Anträge zum Mieterschutz werden auf Vorschlag des Wohnungsaussschusses abgelehnt.

Das Haus verläßt sich sodann auf Montag nachmittag 2 Uhr. Etat des Reichswirtschaftsministeriums.

Schluß 7½ Uhr nachmittags.

Kurze Nachrichten

Wiederkehr der Vermögenszuwachssteuer? Wie die Blätter melden, beabsichtigt man im Reichsfinanzministerium, die zur Zeit suspendierte Vermögenszuwachssteuer wieder in Kraft zu setzen.

Politische Zusammenstöße in Köln. Anlässlich der jüdischen Gemeindevahlen in Köln kam es vor der Synagoge in der Roonstraße Sonntag mittag zu Zusammenstößen zwischen Angehörigen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und jüdischen Gemeindegliedern, wobei mehrere Personen verletzt wurden. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Kein Streik in den Saargruben. Die Revierkonferenz des Bergarbeiterverbandes hat, wie aus Saarbrücken mitgeteilt wird, über die Frage eines Streiks abgestimmt. Da die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht zustande kam, ist die Frage eines Streiks erledigt.

Die Regenversicherung, ein neuartiger Versicherungsweig, ist ins Leben getreten. Danach kann ein Beamter usw. seine Urlaubsbreife gegen Regen versichern lassen. Tritt während des Urlaubs Regen ein, so hat er Anspruch auf den versicherten Betrag.

Aus dem südhinesischen Lager. Im Hauptauschuh des chinesischen Kuomintangpartei wurden verschiedene Entschlüsse angenommen, die beweisen, daß bisher noch eine kommunistische Mehrheit in der Partei besteht. Die chinesische Flotte, die allerdings nicht sehr zahlreich ist und auch keinen großen Kampfwert hat, ist zu den Kantonesen übergegangen und hat die Kuomintangflagge gehißt.

Badischer Teil

Internationale Arbeitsgemeinschaft für Bodensee-Uferschutz

Am letzten Freitag nachmittag hielt die Internationale Arbeitsgemeinschaft für Bodensee-Uferschutz im Bürgerhaus Saal Konstanz ihre erste Arbeitstagung unter dem Vorsitz von Raurat Reiter-Konstanz ab. An der Tagung beteiligten sich eine große Anzahl von Vertretern der staatlichen u. städtischen Behörden sowie zahlreicher am Bodensee-Uferschutz interessierter Organisationen.

Das einleitende Referat hielt Prof. Dr. Schwentel vom Landesbauamt für Denkmalspflege in Stuttgart. Er behandelte die Uferschutzfrage von mehr wirtschaftlichem Standpunkt aus und hob besonders hervor, wie den Einheimischen eine Entwertung und Entrechtung drohe durch die Uferverbauung, die gewöhnlich durch ortsfremde Personen geschehe. Der Bericht der Landesgruppe Baden erfaßte Raurat Reiter, der besonders die großen Verdienste des Regierungsrats Levinger und des Bezirksbauamts Seebler sowie der Stadt Radolfzell hervorhob. Die Errichtung eines Strandbades am Horn bei Konstanz hält er für unangebracht. Regierungsrat Kollshaupt besprach die Natur- und Heimatschutzfrage vom juristischen Standpunkt aus. Nach eingehender Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige erste Arbeitstagung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft für den Bodensee-Uferschutz, besetzt von Behörden, Gemeinden und Organisationen, richtet an alle Gemeinden und Verwaltungen am Bodensee die dringende Aufforderung, schleunigst der weiteren Absperrung der Ufer zu wehren, die nicht nur den Naturgenuss des Einzelnen, sondern vor allem die wirtschaftlichen Belange der Allgemeinheit immer empfindlicher schädigt. Die Mittel dazu sind: Anlauf von Gelände, Anlage von Uferwegen, sowie Erlaffung von Bauverböten durch ortspolizeiliche Vorschriften. Die Gefahr ist groß und Eile tut Not.“

Eine weitere Entschliessung richtet sich besonders an die Regierungen der Bodenseestaaten und fordert in bezug auf Artikel 150 der Reichsverfassung vor allem durchgreifende gesetzliche Maßnahmen sowie nachdrückliche Instruktionen für die ausführenden staatlichen und kommunalen Behörden.

Zum Schluß sprach noch Prof. Dr. Schmalz-Konstanz an Hand von Lichtbildern über den Schutz der Bodenseeufer, insbesondere der Bodenseenatur.

Feriensonderzüge von und nach Süddeutschland

Wie in den Vorjahren führt auch in diesem Jahre während der Hauptreisezeit die Deutsche Reichsbahngesellschaft zahlreiche Sonderzüge in die großen deutschen Erholungsgebiete. Die Feriensonderzüge, die den Reisenden erhebliche Ermäßigungen bringen, erfreuen sich beim Publikum großer Beliebtheit und werden mit beschleunigtem Tempo zu ihrem Endziel geführt. Wie die Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverbund mitteilt, sind von der Reichsbahndirektion Berlin in diesem Jahre vorbehaltlich einiger kleiner Änderungen folgende Feriensonderzüge von Berlin aus nach Basel/Konstanz am 11. Juni, sowie am 1., 2., 3., 9., 10., 16., 20. und 31. Juli vorgeführt. Es sieht zu erwarten, daß auch aus dem Rheinland, sowie von Hamburg und Bremen aus noch weitere zahlreiche Sonderzüge nach Baden geführt werden.

Wie die Reichsbahndirektion Karlsruhe dem Badischen Verkehrsverband mitteilt, sind von Baden aus, vorbehaltlich kleiner Verschiebungen, folgende Feriensonderzüge vorgeführt: Nach Hamburg und Bremen am 2. und 31. Juli, sowie am 2. August. Nach Berlin Anhalter Bahnhof am 3. und 20. Juli sowie am 1. August; nach dem Rheinland am 31. Juli; nach München am 30. Juli und nach Basel und Konstanz von Mannheim aus je am 31. Juli.

Von den Bodenseeschiffen

Konstanz besitzt zur Zeit die ältesten Personendampfer auf dem Bodensee. Es soll nun denselben neuen Bodenseedampfer erhalten wie Bayern („Einheitsstyp“). Dafür scheidet das Boot „Stadt Überlingen“ aus. Ferner scheidet aus nach Indienststellung des auf der Krehbronner Werft zu erbauenden Motorbootes (300 Personen Tragkraft) die alte „Mainau“ (früher „Stadt Konstanz“). Sie stammt bereits aus den 60iger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Ein weiteres Motorboot soll folgen, das für den Überlinger See bestimmt ist. Sodann plant man, die beiden Schiffe im Untersee, die frühere „Stadt Radolfzell“ und die „Nympha“, die von der Reichsbahn von der Schweizerischen Dampfbootgesellschaft in Schaffhausen gepachtet wurden, zurückgeben zu können, als Ersatz ein weiteres, allerdings kleineres Motorboot für den Untersee zu bauen. Das neue 300 Personen fassende Motorboot, das auch für den Güterverkehr bestimmt ist, wird an Stelle der „Stadt Radolfzell“ in Ohningen stationiert, während die „Stadt Radolfzell“ nach Radolfzell kommt. In Konstanz sind noch der alte „Greif“ und die veraltete „Baden“ beheimatet. Letztere wird mit ihrer neuen Kesselanlage noch einige Jahre ihren Dienst versehen müssen. Auch die „Stadt Konstanz“ wird mit einer modernen Kessel- und Maschinenanlage ausgerüstet werden müssen, da das Schiff maschinell höchst unrentabel ist und gerade doppelt so viel Kohlen auf seinen Fahrten verbraucht wie andere Bodenseedampfer.

Ringen von Noth und Stern, Nacht und Licht, Sinnlichkeit und Eitlichkeit, Trieb und Idee, um die Vorherrschaft, in der Gewißheit, daß nur die Vereinigung beider das dritte Reich erstehen lassen kann. Er gestaltet diese Überzeugung mit Hilfe des historischen Stoffes, den er mit Ergebnissen jüngerer Gegenwart durchsäuert; im historischen Geschehen in den Tullerien, in Malmaison und Vincennes, das er auf 12 Stunden zusammengedrängt hat, ziehen an uns Jüge von Wilhelm II. und Mussolini vorüber, hören wir von der Vertrauenskrise der Justiz, hören von der freispielerischen Haltung der Beamten, hören von der Begründung eines neuen Reichsbodens durch die Revolution, erleben die Enttäufung ehrlicher und glühender Republikaner und den Erfolg der Profitgänger, aber ohne den Eindruck gewaltsamer Ausdrängung auf den Stoff zu gewinnen. Auch hier gilt Jolas Wort von didactischem Schaffen: un coin de la nature vu par un temperament; ein Stück Geschichte, gesehen durch das leidenschaftliche politische Temperament Friedrich von Unruh.

Wer könnte solchen Werke das Interesse versagen! Und dennoch ersieht es auf der Bühne schleppender wie im Buch. Trotz der zeitlichen Konzentration erscheinen die einzelnen Auftritte als lose aneinandergereihte Bilder, deren Geschehens- und Gedankenträchtigkeit zu reich war, um die strenge einheitliche Geschlossenheit dühnisch-dramatischen Erlebens zu ermöglichen. Vielleicht hätte hier der Regisseur, als der Held Baumbach das Werk in Szene zu stellen, noch stärker durch Textfaltungen und Tempobestimmungen nachhelfen können. Der Regisseur und der Titelrollensteller, Stefan Dahlen, die beide zweifellos mit großer Liebe und tiefdringendem Studium ihre Aufgabe vorbereitet hatten, scheinen sich doch aus der richtigen Erkenntnis heraus, daß das Werk gegen und nicht für Bonaparte geschrieben sei, verleiten haben lassen, die Schwäche mehr wie das Genialische des Titelhelden zu betonen. Namentlich offenbarte sich dies im II. Akte, wo Dahlen den Bonaparte als eine Mischung von Franz Moor und Richard III. gab und dadurch die bedeutungsvolle Szene mit der Mutter Enghiens, die Frau Marie Frauenborfer übrigens auch nicht genügend aus dem bürgerlichen Milieu in die Sphäre des Symbolhaften hob, gerdehte. Weit ein-

druckvoller war der III. Akt gestaltet, in dem namentlich die Rede Bonapartes sehr padernd wirkte. Hier hatte es Dahlen unter weicher Beschränkung seiner Stimmliste verstanden, das Genialische herauszuarbeiten und das Schauspielersische bergessen zu machen. Überhaupt waren die beiden letzten Akte besser gelungen wie die beiden vorangehenden. Bei aller Kritik an Stefan Dahlen, der bei seinem Bestreben, den klar erkannten Sinn des Werkes zu verkörpern, routinierte Technik allzu häufig sichtbar werden ließ, schuf er im ganzen doch eine Gestalt, die in Masse und Haltung ihren Eindruck nicht verfehlt. Hervorragend gestaltete Frau Mel. Ermarth seine Partnerin Josephine. Zunächst konnte man ja erstaunt sein, daß diese tagenhafte Weibchen gerade Mel. Ermarth zugewiesen sei, man hätte eher an einen Darstellertypus wie Germa Clement denken mögen. Aber das weite Bereich der Kunstmittel von Mel. Ermarth zeigte sich der Aufgabe voll gewachsen. Sie war die flammende Gefahr sinnlicher Fleischlichkeit geworden, die wie ein „Geschlecht“ in der Tochter die mütterliche Ideenträgerin, Bonaparte anspringt. Ihr gegenüber wurde Bonapartes Schwäche offenbar trotz alles Ruhms, der ihn zu vergottet scheint, an ihr, die er als Weibchen eben so sehr wie als erhoffte Mutter seines Sohnes liebt, offenbar sich seine Sterblichkeit, der er einfließen möchte, seine Einsamkeit, aus der heraus er sich nach Liebe sehnt. Gleich wertvoll wie die Gestaltung Josephines durch Mel. Ermarth, erwies sich die Darstellung des Herzogs Enghiens durch Waldeemar Leitgeb. Man glaube dieser Gestalt die Edelgröße, die nur in der Vergangenheit wurzelnd und lebend der Gegenwart nicht gewachsen ist, eine Degenerationserscheinung edelster Rasse, die bei aller tatarischen Schwäche voll Stolz ist. Allerdings zeigte sich gerade an dieser Gestalt wieder die wertvolle Kraft, die das Badendtheater in der Hofstadt Darmstadt durch Max. Schellensberg besitzt. Aus der zahlreichen liebenden glühenden Republikaner Hulien von Paul Dierl, der glatte, kräftige und ähmiß-Nuge Talleyrand von Fred. Brüter, der weiche Edelrevolutionär Lucien von Alfons Albrecht und der listig-kalte Fouché von Ulrich v. d. Trend hervorgehoben.

Gegen Ende der Aufführung erwärnte sich das Publikum. Prof. Dr. Karl Holl.

* Erschienen 1927 in der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H., Abteilung Buchverlag, Frankfurt am Main.

Aus der Landeshauptstadt

Das Sportprojekt für den Stadtwald. In der ordentlichen Generalversammlung des Stadtausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege wurde festgestellt, daß 118 Vereine mit über 25 000 Mitgliedern sich einmütig und geschlossen hinter das Sport-Fürsorge-Projekt stellen.

Kursus über moderne Betriebsführung und Betriebskontrolle. Der als ausgezeichnete Sachkenner auf dem Gebiete der kaufmännischen Geschäftsorganisation bekannte kaufmännische Berater für Handel und Industrie, Otto Gerson, Hamburg, hielt vor kurzem auf Veranlassung der Handelskammer Karlsruhe im großen Sitzungssaale der Handelskammer einen Kursus ab, der sich über 4 Abende erstreckte, und in dem Herr Gerson in eingehender Weise über Geschäftsorganisation, kaufmännische Statistik, moderne Betriebsführung und Betriebskontrolle unterrichtete.

Bahnkreuz. In der Nacht zum Sonntag wurden durch unbekannte Täter auf der Durmersheimerlandstraße, etwa 400 Meter außerhalb Durmersheim, zwei Telegrafenstangen quer über das Gleis der Lokalbahn gelegt und dadurch der Verkehr gefährdet. Untersuchung ist eingeleitet.

Badisches Landes-Theater. Am Dienstag, den 15. März, findet eine Wiederholung von Richard Wagners „Lohengrin“ statt. Die Titelpartie liegt in Händen von Theo Straß. Kapellmeister Bruno Bonenhoff vom Stadttheater Danzig wird an diesem Abend die musikalische Leitung haben. Die Vorstellung beginnt um 8 Uhr.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Nach einem ziemlich heiteren Samstag trat gestern Morgen größtenteils Bewölkung auf. Im Gebirge blieb es stellenweise noch zeitweise heiter. Nachmittags und hauptsächlich nachts kam es auch zu Niederschlägen, denen in den heuligen Morgenstunden auch in der Ebene vorübergehend Schnee beigemischt war. Im Gebirge liegt Neuschnee. Die Temperaturen blieben in tieferen Lagen über Null. Der hohe Druck liegt ziemlich unverändert nördlich von uns. Nach Durchzug des vorgestern über Südfraunreich gelegenen Wirbels, der für Baden mit Niederschlägen und böigen Winden verbunden war, haben wir auch morgen noch kühles und wolfiges Wetter mit Niederschlägen zu erwarten. Wetterausblick für Dienstag: Fortschreitend kühler und noch meist wolfig mit vereinzelten Niederschlägen, später zeitweilig aufheiternd, Gebirge Frost und weitere Schneefälle.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. J. Heidelberg, 12. März. Heute vormittag wurde in Anwesenheit des Ministers für Kultus und Unterricht, Leers, und des Referenten für Hochschulen, Ministerialrat Dr. Schwörer, sowie der Landeskommissäre Gebting und Kiefer, Vertreter der Universität und anderer Persönlichkeiten die feierliche Weihe der Kapelle im Orthopädischen Institut durch den Freiburger Weihbischof Dr. Burger vollzogen.

Offenheim, 11. März. Am 20. Februar fand der Delegiertentag für das Preisfesten des Männergesangsvereins 1857 zur Feier des 70. Stiftungsfestes statt. Wie aus dem den Vereinen zugegangenen dritten Rundschreiben ersichtlich, findet am 20. März, nachmittags 2 Uhr, im „Anker“ in Offenheim nochmals ein Delegiertentag für eine 2. Abteilung (Sonderklasse) statt, wozu alle Gesangsvereine eingeladen werden. Die Bundesvereine werden besonders gebeten, den Männergesangsverein Offenheim, der zu den ältesten des Bundes zählt, durch ihre Teilnahme zu unterstützen.

D. J. Freiburg i. Br., 11. März. An der hiesigen Universität ist in enger Verbindung mit dem technisch-praktischen Betrieb der Leibesübungen eine sportärztliche Beratungs- und Überwachungsstelle eingerichtet, bzw. die bereits bestehende ausgebaut worden. Diefelbe soll eine ärztlich-wissenschaftlich fundierte Ausübung der Leibesübungen bezwecken und darauf hinwirken, daß in erster Linie mehr auf die Gesundheit der Studierenden, als auf ihre zahlenmäßige Leistung Bedacht genommen wird.

Handel und Wirtschaft

Table with 4 columns: City, 14. März, 12. März, and a fourth column. Rows include Amsterdam, Kopenhagen, Italien, London, New York, Paris, Schweiz, Wien, and Prag.

Englische Kohle für die elsass-lothringische Eisenbahn. Es sind jetzt 11 Käufe mit englischer Kohle für die elsass-lothringische Eisenbahn mit zirka 10 000 Tonnen im Rheinhafen zu Strahburg eingetroffen. Weitere 30 000 Tonnen sind unterwegs und werden in kurzen Abständen folgen.

Mannheim, A. 30

In das Handelsregister wurde eingetragen: a) zu folgenden Firmen: 1. Gebrüder Jaifer...

1. Gebrüder Jaifer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Otto Siegle ist nicht mehr Geschäftsführer. Kaufmann Hans Rohler in Mannheim ist zum weiteren Geschäftsführer bestellt.

2. Jacob Holländer vormals Jean Wagner, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen.

3. Heinrich Hermannsdorfer, Mannheim: Die Firma ist erloschen. 4. Peter Cades, Baden-burg a. N.: Die Firma ist erloschen.

5. Johannes Mühl, Mannheim: Die Procura des Karl Benz ist erloschen. Kaufm. Karl Benz in Ludwigshafen a. Rh. ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die offene Handelsgesellschaft hat am 1. Januar 1927 begonnen. Zur Vertretung der Gesellschaft ist nur der Gesellschafter Karl Benz berechtigt.

6. Schuhhaus Karl Reher, Mannheim: Die Firma ist erloschen. 7. Wilhelm Hermann, Mannheim: Heinrich Hermann, Kaufm., Mannheim ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die offene Handelsgesellschaft hat am 1. März 1927 begonnen. Die Firma ist geändert in Gebrüder Hermann.

b) folgende Firmen: 8. Hermann Spuler, Mannheim. Inhaber ist Hermann Spuler, Apotheker, Mannheim. 9. Karl Maas & Sohn, Mannheim. Die offene

Handelsgesellschaft hat am 1. Januar 1927 begonnen. Persönlich haftende Gesellschafter sind die Kaufleute Karl Maas, Mannheim und Ludwig Maas, Mannheim. 10. Gottfried Volkmar, Mannheim. Inhaber ist Gottfried Volkmar, Kaufmann, Mannheim. Gustav Kuhlén, Mannheim ist als Prokurist bestellt. 11. Ehrhart & Co., Mannheim. Inhaber ist Julius Grünbaum, Kaufmann, Mannheim.

Mannheim, A. 61 In das Handelsregister wurde heute eingetragen: a) zu folgenden Firmen: 1. G. Frey Witwe, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft samt der Firma wurde in die G. Frey Witwe, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Mannheim eingebracht.

2. Deutsche Hochbrud-Economiser-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Der Geschäftsführer ist Einzelprokura erteilt. 3. Kronoplast-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft m. beschränkter Haftung ist am 18. Febr. 1927 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: Die Herstellung und der Vertrieb des als „Kronoplast“ bezeichneten Schutzanstrichs für Dachziegel. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an gleichen oder ähnlichen Unternehmungen zu beteiligen, solche Unternehmungen zu erwerben, Interessengemeinschaften einzugehen und Zweigniederlassungen im In- und Ausland zu

errichten. Das Stammkapital beträgt 20 000 M., Geschäftsführer ist Karl Gräff, Kaufmann, Mannheim. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Gesellschafter können die Gesellschaft sechs Monate vor Ablauf eines Geschäftsjahres kündigen. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Befanntmachungen d. Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. Mannheim, 7. 3. 1927. Bad. Amtsgericht J. G. 4.

Mannheim, A. 62 In das Handelsregister wurde heute eingetragen: zu folgenden Firmen: 1. Stuhl & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation, Mannheim: Die Firma ist erloschen. 2. Weingart-Kaufmann-Landsberg Getreide- & Mehlgeschäft, Mannheim: Die Procura des Georg Dyrenfurth ist erloschen. 3. Josef Schweiß & Sohn, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation, Mannheim: Die Firma ist erloschen. 4. „Motoren“ Petroleum-Gesellschaft mit beschränkter Haftung Zweigniederlassung, Mannheim: Der Gesellschafts- & Vertrag ist durch Beschluß der Gesellschafterversammlung v. 29. Januar 1927 geändert: der Aufsichtsrat ist abgeschafft; die §§ 8 bis 17 sind gestrichen; die §§ 18-26 führen jetzt die Ziffern 8-16; die §§ 5, 9 und 14 (bisher 5, 19, 24) sind geändert; der

Abschnitt 3 führt jetzt die Ziffer 2. 5. Carl Kaufmann & Sohn, Mannheim: Der bisherige Kommanditist Kaufm. Karl Kaufmann in Heidelberg ist als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die Gesellschaft wird als offene Handelsgesellschaft fortgesetzt. 6. Hans Kürcher, Mannheim: Das Geschäft ist mit Aktien und Passiven und samt der Firma von Kaufm. Hans Kürcher auf dessen Ehefrau Martha geborene Spraul in Mannheim übergegangen, die es als alleinige Inhaberin unter der bisherigen Firma weiterführt. Mannheim, 9. 3. 1927. Bad. Amtsgericht J. G. 4.

Offenburg, A. 61 Handelsregistereintrag Abt. A Band I D.-Z. 8: Strag-Verlag Offenburg. Die Firma ist geändert in Strag-Verlag Durba und Rembe. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. Febr. 1927 begonnen. D.-Z. 160: Firma J. Jenewein u. Cie. in Offenburg. Kaufmann Josef Jenewein Offenburg ist Procura erteilt. Die Procura des Kaufmanns Franz Herrmann in Offenburg ist erloschen. Band II D.-Z. 101: Firma Dasse u. Zeilnehmer in Offenburg. Die Firma ist durch Verkauf des Geschäfts an die Spektionsaktiengesellschaft Seegmüller u. Cie. in Trüben ohne Übernahme der Aktiva und Passiva erloschen. Offenburg, 10. 3. 1927. Bad. Amtsgericht II.

Offenburg, A. 44 Handelsregistereintrag 1. Firma Walter Runke in Pforzheim, Kronenstr. 3: Das Geschäft ging mit der Firma auf Kaufmann Walter Runke in Pforzheim über. 2. Die Firma Gebr. Kern in Pforzheim ist erloschen. 3. Die Firma Offenbacher Lederwarenhaus Friedrich Henne i. Pforzheim ist erloschen. 4. Firma Carl Haerdtner in Pforzheim, Wimpfener Str. 21. Dem Kaufmann Walter Thiele in Pforzheim ist Einzelprokura erteilt. Amtsgericht Pforzheim.

Radolfzell, A. 57 Im Handelsregister A sind folgende Firmen von Amts wegen gelöscht worden: 1. Handels-Reg. A Bd. I D.-Z. 266, Paul Seeringer, Import und Export in Singen a. S. 2. Hand-Reg. A Bd. I D.-Z. 293, Herrenkleiderfabrik Michael Weil in Gailingen. 3. Hand-Reg. A Bd. II D.-Z. 5, Karl Vaber in Singen a. S. 4. Hand-Reg. A Bd. II D.-Z. 85, Karl Wolf, Pigargengeschäft in Radolfzell. 5. Hand-Reg. A Bd. II D.-Z. 49, Fridolin Hitz in Singen. 6. Hand-Reg. A Bd. II D.-Z. 50, Heinrich Glaser in Radolfzell. 7. Hand-Reg. A Bd. II D.-Z. 61, Max Wähl, Stimmelfabrik in Vöhlingen. 8. Hand-Reg. A Bd. II D.-Z. 182, Eugen Knecht in Radolfzell. 9. Hand-Reg. A Bd. I D.-Z. 285, Holzindustrie Marktesingen Linde & Weierlein in Marktesingen.

Radolfzell, A. 58 Handelsregistereintrag B II D.-Z. 2 bei der Fa. Radolfzeller Altiengeellschaft in Radolfzell: Die Vertretungsbesugnis des Vorstandsmitglieds Alb. Beaudle ist erloschen. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 10. November 1926 ist der Gesellschaftsvertrag geändert. Radolfzell, 2. 3. 1927. Amtsgericht I. Weinheim, A. 62 Handelsregister A Bd. II D.-Z. 69, „Landmaschinen-Gesellschaft Heinrich Schmitt & Co.“, Seddesheim: Friedrich Selzer, Kaufmann in Mannheim, ist aus der Gesellschaft ausgeschlossen. 26. 2. 27. Amtsgericht Weinheim.

Radolfzell, A. 59 Handelsregistereintrag B II D.-Z. 2 bei der Fa. Radolfzeller Altiengeellschaft in Radolfzell: Die Vertretungsbesugnis des Vorstandsmitglieds Alb. Beaudle ist erloschen. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 10. November 1926 ist der Gesellschaftsvertrag geändert. Radolfzell, 2. 3. 1927. Amtsgericht I. Weinheim, A. 60 Handelsregistereintrag B D.-Z. 21 zur Firma „Granitwerke Hemsbach Mühl und Reimuth G. m. b. H.“ in Hemsbach: Direktor Heinrich Leupold in Hemsbach wurde als weiterer Geschäftsführer bestellt. Solange Johann Mühl und Friedrich Reimuth Geschäftsführer sind ist Heinrich Leupold berechtigt, ebenso wie diese die Gesellschaft allein zu vertreten. Sind Johann Mühl und Friedrich Reimuth nicht mehr Geschäftsführer so endigt d. Alleinzeichnungsberechtigung des Geschäftsführers Leupold und ist derselbe als dann nur in Gemeinschaft mit einem anderen Geschäftsführer od. einem Prokuristen zur

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Nr. B 4724. Ausbau der Realschulen. Die Realschule in Achern wird mit Beginn des Schuljahres 1927/28 zu einer neunklassigen Vorklasse ausgebaut. Sie führt die Bezeichnung „Oberrealschule Achern“. Gemäß § 10 der Landesherlichen Verordnung vom 18. September 1909, die Einrichtung der Höheren Lehranstalten betr., wird dies zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Karlsruhe, den 7. März 1927. Der Minister des Kultus und Unterrichts Leers

Der Stadterhaltung und dem Verkehrsverein in Schwetzingen wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Geldlotterie erteilt. Karlsruhe, den 10. März 1927. Der Minister des Innern Kemmle

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der stamamtlichen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz

Ernannt: Staatsanwalt Dr. Eugen Volkmann in Karlsruhe zum Regierungsrat beim Justizministerium; Regierungsrat beim Ministerium des Kultus und Unterrichts Dr. Kurt Galm zum Staatsanwalt in Karlsruhe, Gerichtsassessor Dr. Gerhard Weig zum Staatsanwalt in Freiburg, Justizobersekretär Josef Grasserberger beim Notariat Karlsruhe zum Justizinspektor, Justizassistent Jakob Demmer beim Justizministerium zum Justizsekretär.

Verliehen: Dem Hauptamtlichen Dozenten an der Fachhochschule Mannheim Dr. Ernst Schuster die Amtsbezeichnung ordentlicher Professor daselbst.

Versetzt: Kostenoberinspektor Adolf Schork beim Landgericht Mosbach zum Landgericht Karlsruhe, Justizinspektor August Herrmann beim Amtsgericht Karlsruhe zum Landgericht daselbst, Kanzleiaffistent Rudolf Drexler beim Landgericht Heidelberg zum Notariat Pullenbors, Aufseher Ferdinand Vaber beim Bezirksgefängnis Radolfzell zur Fürsorgeerziehungsanstalt Einsheim.

Entlassen auf Ansuchen: Kanzlistin Stefanie Sauer geb. Scherer beim Amtsgericht Mannheim.

In den einstweiligen Ruhestand versetzt: Oberaufseher Ludwig Blau beim Bezirksgefängnis St. tenheim.

Zurückgesetzt auf Ansuchen: Oberaufseher Albert Schwörer beim Landesgefängnis Freiburg.



Badisches Landes-Theater

Dienstag, 15. März 1927 *G 20 Tz.-Gem. 301-400

Lohengrin

von R. Wagner Musikalische Leitung: Bruno Bonenhoff vom Stadttheater Danzig a. S.

In Szene gesetzt von D. Krauß, Heinrich der Vogler Dr. Ankerpennig

Richard Strauss, Friedrich Schumann, Friedrich Reimuth

Heinrich Leupold, Heinrich Leupold, Heinrich Leupold

Heinrich Leupold, Heinrich Leupold, Heinrich Leupold

Heinrich Leupold, Heinrich Leupold, Heinrich Leupold

Heinrich Leupold, Heinrich Leupold, Heinrich Leupold

Heinrich Leupold, Heinrich Leupold, Heinrich Leupold

Heinrich Leupold, Heinrich Leupold, Heinrich Leupold

Heinrich Leupold, Heinrich Leupold, Heinrich Leupold

Heinrich Leupold, Heinrich Leupold, Heinrich Leupold

Heinrich Leupold, Heinrich Leupold, Heinrich Leupold

Heinrich Leupold, Heinrich Leupold, Heinrich Leupold

Heinrich Leupold, Heinrich Leupold, Heinrich Leupold

ROB Hochverzinsliche Anlagewerte (hypoth. sichergestellt) werden stets an unseren Schaltern abgegeben Rheinische Creditbank * Filiale Karlsruhe

Druck G. Braun, Karlsruhe.